

**Niederschrift
zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
der Schloss-Stadt Hückeswagen**



Sitzungstermin: 07.02.2019
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Ort: im Multifunktionalen Sitzungssaal
(MuFuSiSa), Bahnhofsplatz 8

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzender

Persian, Dietmar, Bürger-
meister

Mitglieder

| | |
|------------------------|-------------------|
| Bannies, Harald | für Herrn Hücker |
| Endresz, Willi | für Herrn Schütte |
| Fischer, Rolf | |
| Grasemann, Hans-Jürgen | |
| Hager, Wilfried | |
| Mallwitz, Stefan | |
| Meine, Martin | |
| Moritz, Frank | |
| Sabelek, Egbert | |
| Thiel, Brigitte | |
| von Polheim, Jörg | |
| Wolter, Michael | |

von der Verwaltung

Bever, Isabel
Kemper, Torsten
Klewinghaus, Dieter
Schröder, Andreas
Stehl, Alexander
Tillmanns, Jörg

Es fehlten:

Mitglieder

Päper, Cornelia
Schütte, Christian
von der Neyen, Marc

von der Verwaltung

Winter, Monika

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer der Sitzung sowie die Vertreterin der Presse.

Der form- und fristgerechte Eingang der Einladungen wird festgestellt.

Herr Hücker ist seit 01.02. nicht mehr Mitglied des Ausschusses, Herr Bannies ist als sein Vertreter anwesend.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Fragestunde für Einwohner
- 2 Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung: Keine Steinwüsten in Vorgärten **RB/3584/2018**
- 3 Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 **FB I/3627/2019**
- 4 Befristete Steuerbefreiung für Hunde **FB I/3628/2019**
- 5 KAG Beiträge / Straßenausbaubeiträge **FB I/3632/2019**
- 6 Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Stellenplan 2019 Allgemeine Verwaltung **FB I/3633/2019**
- 2 Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Fragestunde für Einwohner

Es gibt keine Einwohnerfragen.

zu 2 Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung: Keine Steinwüsten in Vorgärten

Vorlage: RB/3584/2018

Es ist kein Vertreter des RBN anwesend. Herr Persian erläutert, dass ein gleichlautender Antrag auch bei vielen anderen Kommunen der Region eingegangen ist.

Herr Schröder erläutert aus Sicht der Verwaltung, dass der Formulierungsvorschlag des RBN in einem Bebauungsplan als Festsetzung so nicht zulässig ist. Es gibt aber andere Wege, eine stärkere Begrünung der Gärten im Bebauungsplan festzusetzen. Es schlägt vor, dass man beim einzelnen Bebauungsplan prüfen kann, ob und wenn ja welche Festsetzungen sinnvoll sind.

Die Fraktionen sind sich einig, dass eine stärkere Begrünung der Vorgärten wünschenswert ist. Die Vertreter von CDU, SPD, FDP, UWG und FaB lehnen aber eine formale Regelung ab, um die Bürger nicht zu stark zu bevormunden. Darüber hinaus würde dies eine Kontrolle notwendig machen. Man solle die Bürger besser durch Infos dazu anregen, mehr Grün in Vorgärten einzurichten. Herr Sabelek sieht für die Grünen eine Regelungsnotwendigkeit, da es sich bei den zunehmenden Steingärten um ein neues Phänomen handelt und möchte das Thema im Fachausschuss weiter beraten.

Es wird im Folgenden über den Wortlaut der Anregung des RBN abgestimmt. Das Thema, wie man eine stärkere Begrünung unterstützen kann, soll weiter in Fachausschuss beraten werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet über die Anregung des Bergischen Naturschutzvereins e.V., die folgenden Wortlaut hat:

Der Stadtrat möge beschließen, in zukünftigen neu aufzustellenden Bebauungsplänen und bei Änderungsverfahren bestehender Bebauungspläne im Textteil festzulegen, dass Vorgärten bepflanzt werden müssen und nicht aus Steinfeldern bestehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Anregung wurde mit 12 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme abgelehnt.

**zu 3 Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: FB I/3627/2019**

Frau Bever erläutert die wesentlichen Positionen in der Veränderungsliste. Ursächlich für das deutlich verbesserte Ergebnis ist die einmalige und ungekürzte Zuweisung der Integrationspauschale durch das Land in Höhe von rd. 400.000 Euro.

Herr Grasemann schlägt für die SPD vor, dass die Verbesserung teilweise, nämlich mit einem Betrag in Höhe von 200.000 Euro für die Verbesserung der Infrastruktur (ca. 170-180.000 Euro) und die Sauberkeit der Stadt (ca. 20-30.000 Euro) genutzt werden sollten. Er nimmt besonders Bezug auf die Wirtschaftlichkeitsaspekte von zusätzlichen Sanierungen.

Zunächst erläutert Frau Bever eine Entwicklung, durch die eine Erhöhung der Sauberkeit in der Stadt möglich werden wird. Es besteht die Möglichkeit, Mitarbeiter des Bauhofes, die bisher die Mülltonnen im Stadtgebiet für den BAV geleert haben, zur Stadtreinigung einzusetzen. In Kürze will der BAV die Müll-eimerleerung mit eigenem Personal erbringen, die Erstattung für die Bauhofleistungen entfällt dann, aber die Personalkapazität im Bauhof stünde zur Verfügung. Die Absprache ist noch nicht vollständig abgeschlossen, es wird im Stadtrat hierzu berichtet.

Hinsichtlich der zusätzlichen Mittel für Sanierungen in 2019 werden von Seiten der Verwaltung die Notwendigkeit und insbesondere die Wirtschaftlichkeit einer solchen Maßnahme nicht in Abrede gestellt. Durch die Ergebnisse aus der Straßenzustandserfassung und auch aufgrund der Ergebnisse der Evaluation des Gebäudemanagements ist bekannt, dass dem Sanierungsbedarf nur sehr unzureichend Rechnung getragen wird. Es ist auch richtig, dass dadurch die einzusetzenden Finanzmittel in der Zukunft deutlich höher sein werden als es der Fall wäre, würde man frühzeitiger sanieren.

Dennoch ist unter den restriktiven Bewirtschaftungsregeln im HSK eine solche Mehrbelastung kritisch zu sehen, zumal die Verbesserung durch die Integrationspauschale in keinem Zusammenhang mit Sanierungen der Infrastruktur stehen.

Grundsätzlich wird die Initiative von UWG, Grüne, FDP und FaB begrüßt, da allen der Sanierungsbedarf sehr eindrücklich bewusst ist. Die CDU sieht vorrangig die Verschlechterung des Haushalts und wünscht sich konkreter zu benennen, wo Bedarf besteht.

Herr Persian unterstreicht für die Verwaltung, dass im RGM derzeit keine zusätzlichen großen Projekte gestemmt werden können und nur die laufende Unterhaltung verbessert werden kann. Hier wäre im RGM – wie auch bei der Straßenunterhaltung – Kapazität vorhanden.

Zur Ratssitzung will die Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten und mit der Kommunalaufsicht abstimmen.

Herr von Polheim schlägt für die FDP vor, die Denkmalförderung durch die Stadt wiederzubeleben, wie es sie bereits vor einigen Jahren gab. Das Land stellt Fördermittel zur Verfügung, wenn die Stadt in gleichem Umfang Mittel einplant. Damit kann dann eine 20-%-ige Förderung für Sanierungsmaßnahmen an denkmalgeschützten Gebäuden erfolgen. Die FDP schlägt Mittel in Höhe von 10.000 Euro vor.

Herr Schröder weist für die Verwaltung darauf hin, dass es auch im ISEK ein Hof- und Fassadenprogramm gibt, das mit besseren Fördersätzen ausgestattet ist. Allerdings steht dieses Programm nur im Geltungsbereich des ISEK zur Verfügung und ist nicht für Sanierungen im Innenraum von Gebäuden geeignet. Dafür gilt es nicht nur für denkmalgeschützte Gebäude. Mit einer Umsetzung wird für 2021 gerechnet.

Von den übrigen Fraktionen wird bevorzugt, die ISEK-Förderung abzuwarten, da hier bessere Fördermöglichkeiten bestehen.

Frau Thiel weist für die FaB-Fraktion auf die Bedeutung der verlässlichen Grundschule hin und bittet, hier die Machbarkeit ab dem 3. Schuljahr zu prüfen und ggf. Mittel bereitzustellen. Herr Stehl berichtet, dass in der kommenden Woche Gespräche mit den Schulleitungen und dem Internationalen Bund über die Möglichkeiten einer Fortführung geführt werden. Grundsätzlich wird das Problem weniger finanziell, sondern personell und räumlich gesehen. Das Thema soll auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 25.02.2019 gesetzt werden.

Die übrigen Fraktionen haben keine Änderungswünsche zum Haushalt.

Beschluss:

Der Haushalt wird ohne Beschluss in den Rat weiterverwiesen.

zu 4 Befristete Steuerbefreiung für Hunde
Vorlage: FB I/3628/2019

Herr von Polheim erläutert für die FDP die Anregung, Hunde aus dem Tierheim im ersten Jahr von der Steuer zu befreien. Er unterstreicht, dass dies positive Auswirkungen auf das Tierwohl bei geringer finanzieller Belastung habe. Eine Begrenzung auf Tiere aus den regionalen Tierheimen begrüßt er.

Herr Persian informiert den Ausschuss über die Stellungnahme einer Bürgerin zu dem Thema, die aufgrund des Drecks, den Hunde verursachen, eher eine Erhöhung der Hundesteuer fordert.

Die Fraktionen CDU, SPD, UWG und Grüne lehnen die Anregung der FDP ab. Zum einen seien in den Tierheimen nur wenig „Abgabehunde“, sondern in gro-

ßer Zahl auch Hunde aus dem Ausland. Darüber hinaus würde dies die Halter dazu verführen, einen Hund „auf Probe“ aus dem Tierheim zu holen, was nicht im Sinne des Tierschutzes sei.

Auch Frau Thiel (FaB) bezweifelt, ob eine solche Aktion sinnvoll wäre, würde sich bei einer Abstimmung aber enthalten.

Da es sich nicht um einen formellen Antrag handelt, wird auf eine Abstimmung verzichtet.

zu 5 KAG Beiträge / Straßenausbaubeiträge
Vorlage: FB I/3632/2019

Herr Grasemann erläutert für die SPD-Fraktion die Anregung und kündigt an, dass für die Ratssitzung ein entsprechender Antrag für eine Resolution gestellt wird. Die SPD-Fraktion regt an, dass die Kosten für die Straßenausbaumaßnahmen vom Land übernommen werden. In jedem Fall wäre es schlecht, wenn die Entscheidung jeder Kommune überlassen wird.

Dem letzten Punkt können auch die anderen Fraktionen zustimmen. Eine landeseinheitliche Regelung sei notwendig. Die Fraktionen von CDU und FDP sehen aber keine Notwendigkeit für eine Resolution, da im Land bereits an einer Lösung gearbeitet werde.

Die Fraktionen von B90/Grüne, UWG und FaB halten dagegen eine Resolution für ein richtiges Signal nach Düsseldorf.

Herr Persian betont, dass auch aus seiner Sicht eine landeseinheitliche Regelung notwendig ist.

Auf den Antrag der SPD für den Stadtrat wird verwiesen.

zu 6 Mitteilungen und Anfragen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Für die Richtigkeit:

Datum: 15.02.2019

Bürgermeister Dietmar Persian

Torsten Kemper
Schriftführer/in